

## **Offener Brief aus der Ärzteschaft an die Fraktionsvorsitzenden CDU/CSU und SPD im Deutschen Bundestag**

Dieser Offene Brief des DZVhÄ ist ein ärztlicher Appell an die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU, Jens Spahn, und SPD, Dr. Matthias Miersch, sich dafür einzusetzen, dass die geplanten Änderungen im SGB V (§ 2, 11 und 34) nicht umgesetzt werden und die Homöopathie in der GKV erhalten bleibt.

Wir, die Unterzeichner/innen dieses Briefes, sind Ärztinnen und Ärzte, die sich in Klinik und Praxis – teils seit Jahrzehnten – verantwortungsvoll und individuell um ihre Patientinnen und Patienten kümmern.

Mit großer Sorge blicken wir auf die geplanten Streichungen von Homöopathie, Anthroposophischer Medizin und Phytotherapie („Besondere Therapierichtungen“). Der zu erwartende gesellschaftliche und ökonomische Flurschaden steht in keinem Verhältnis zu eventuellen Einsparungen.

Dieser Eingriff in die freie Therapiewahl und Methodenvielfalt erfolgt ohne Not:

- **Fehlende Einsparungen:** Einsparungen sind nicht zu erwarten. Im Gegenteil wird der Rückgriff auf teurere konventionelle Medikamente die GKV-Finanzsituation weiter belasten, weil Patienten ja auch ohne Homöopathie behandelt werden müssen.
- **Wissenschaftliche Evidenz:** Das Argument fehlender Evidenz ist sachlich unzutreffend. Einseitige Verweise auf veraltete Berichte ignorieren zahlreiche aktuelle, hochwertige Studien sowie den aufwändigen Analyseprozess in der Schweiz, der diesen Verfahren Zweckmäßigkeit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit bescheinigt.
- **Verlust an Diversität:** Wie in der Ökologie sichert Vielfalt auch in der Medizin die Stabilität. Die Streichung reduziert Medizin auf reine Reparaturleistungen und ignoriert Konstitution, Prävention und Nachhaltigkeit.

Als Ärztinnen und Ärzte sind wir dem Tier- und Menschenwohl sowie der Ganzheitlichkeit verpflichtet. Der geplante Kahlschlag untergräbt unsere Möglichkeiten, individuell auf den Einzelnen einzugehen. Bei Patient\*innen, denen diese Therapien wichtig sind, wird die Streichung zu Frustration, sinkender Compliance und der Suche nach weniger sicheren Alternativen führen.

Strukturelle Reformen im Gesundheitssystem sind nötig. Bewährte, versorgungsrelevante Angebote müssen jedoch als Teil der Lösung begriffen und geschützt werden, statt sie zu opfern.

Zudem warnen wir vor einem wachsenden Glaubwürdigkeitsdefizit der Politik. Ein schwindendes Vertrauen in unser politisches System ist ein Alarmsignal für unsere Demokratie. Liefern Sie nicht einer immer stärker werdenden „Sammlungsbewegung für alle Unzufriedenen“ weitere Argumente!

### **Deshalb fordern wir:**

Die Streichung der geplanten Änderungen im SGB V (§ 2, 11 und 34) und ein klares Bekenntnis zum Erhalt der „Besonderen Therapierichtungen“!